

Vortrag der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, im Rat für Integration und Teilhabe der Stadt Neustadt am Rübenberge

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

es ist mir eine Freude, heute hier bei Ihnen im Ausschuss für Integration und Teilhabe sein zu können, um Ihnen von meiner Arbeit als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe zu berichten.

Vielen Dank für die Einladung.

Sie machen die politische Kärnerarbeit vor Ort und ich finde es wichtig, dass wir im Austausch stehen.

Vorab noch ein Hinweis: ich habe gehört, dass Sie sich auch stark für Themen der Inklusion interessieren. Hier empfehle ich Ihnen noch einmal den Kontakt zu Frau Wontorra zu suchen, die als Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen für dieses Thema zuständig ist.

Nun komme ich zu den Themen und Aufgaben, die mich als Landesbeauftragte für Migration und

Teilhabe beschäftigen. Wir haben es täglich mit einem bunten Strauß an Themen zu tun. Mit

...

Unterstützung eines vierköpfigen Teams in der Staatskanzlei bin ich für das gesamte Flächenland Niedersachsen ansprechbar – und die Fragen sowie Anliegen im Bereich Migration und Teilhabe sind wirklich zahlreich und vielfältig. Uns erreichen beispielsweise Einzelfälle, bei denen es um die Bleibeperspektive geht, sowie Veranstaltungs- und allgemeine Unterstützungsanfragen.

Dabei wenden sich sowohl ehrenamtlich Aktive und Vereine an uns, als auch Privatpersonen. Menschen mit und ohne Zuwanderungsbiografie. Menschen aus der Stadt gleichermaßen wie Menschen vom Land.

***Migration* ist ein Querschnittsthema - wie sie alle wissen. Sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft. Es betrifft alle Lebensbereiche und beschäftigt tausende von Menschen in Niedersachsen.**

Bei der Arbeit im Bereich Migration wird dementsprechend immer wieder deutlich:

Niedersachsen ist ein Einwanderungs-land - und das nicht erst seit dem Jahr 2015. Niedersachsen hat Zuwanderung quasi in seiner DNA.

Seit der Gründung des Bundeslandes im Jahr 1946 hat es immer wieder verstärkte Zuwanderungsbewegungen gegeben. sei es aus Südeuropa und der Türkei, aus dem ehemaligen Jugoslawien oder wie nun verstärkt aus dem arabischen und afrikanischen Raum.

Als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe komme ich mit den verschiedensten Charakteren in Kontakt.

Immer wieder bin ich beeindruckt wie Menschen, die geflüchtet sind und alles verloren haben, sich hier für eine neue Zukunft einsetzen.

Eine Flucht ist dabei fast immer ein traumatisches Ereignis im Leben eines Menschen. Kein Schritt, den man einfach geht. Vielmehr die *ultima ratio* – der letzte Ausweg.

Mehrere Monate sind viele mit ihrem nötigsten Hab und Gut auf unsicheren Fluchtrouten unterwegs, erleben Gewalt und Strapazen. Sie wissen wovon ich spreche. Auch wenn Deutschland und Niedersachsen hohe Zuzugszahlen zu verzeichnen hatten - derzeit ist ein leichter Rückgang zu erkennen - , so leben 91% aller Geflüchteten weltweit

langfristig außerhalb der EU in den Nachbarländern ihrer Heimat.

Laut Zahlen der Vereinten Nationen waren im Jahr 2019 weltweit rund 71 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung. Jeder zweite Flüchtling ist ein Kind, viele davon unbegleitet.

Erschütternde Fakten. Das sehen wir auch an der derzeitigen Situation an der griechisch-türkischen Grenze. Der niedersächsische Innenminister, Boris Pistorius, und auch ich machen uns seit längerem dafür stark, unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten auf Lesbos schnellstmöglich zu helfen und ihnen - teilweise auch in Niedersachsen - eine neue Perspektive zu geben.

Die Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister, Horst Seehofer, zu Aufnahmekontingenten dauern an.

Für uns in Niedersachsen ist Zuwanderung eine Herausforderung vor allem aber auch eine Chance. Nur am Rande:

Mehr als 20.000 Geflüchtete haben in Niedersachsen in den letzten Jahren bereits eine sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung gefunden.

Mithilfe eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes haben sich 2015 Kirchen, Wirtschaft, kommunale Spitzenverbände und Politik zusammengeschlossen, um Geflüchtete bei der Integration zu unterstützen.

Das daraus entstandene Bündnis „Niedersachsen packt an“ hat bereits einige Fachkonferenzen durchgeführt und viele Kooperationen angestoßen. Am 16. April dieses Jahres wird es wieder eine Integrationskonferenz des Bündnisses zum Thema Sprache und Arbeit geben.

Sprache ist ein Thema, das für Integration eine große Rolle spielt. Das erlebe ich immer wieder.

Durch Sprache erschließen wir uns unsere Umgebung und knüpfen Kontakte.

Sprache befähigt teilzunehmen. Gerade für Geflüchtete ist sie der Schlüssel zur Integration.

Da Deutsch, wie wir alle wissen, nicht gerade zu den einfachen Sprachen zählt, versuchen wir aktuell Regelungen zu finden, Geflüchtete in Arbeit und Ausbildung noch besser zu unterstützen.

Derzeit mache ich mich als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe für einen chancengerechten Nachteilsausgleich stark, von dem auch die

Wirtschaft profitiert. Es kann sinnvoll sein, Prüfungsaufgaben für Auszubildende mit Fluchthintergrund in leichter Sprache zu formulieren. Es macht teilweise auch Sinn, mehr mündliche als schriftliche Leistungsnachweise durchzuführen. Darauf zielt auch ein Erlass des Kultus-ministeriums aus dem Jahr 2014 ab, indem er genau diese Handlungs-spielräume für Berufsschulen einräumt.

Wenn wir einige Punkte, wie beispielsweise den Spracherwerb, noch gezielter fördern und unterstützen, dann sind wir auf einem wirklich guten Weg.

Forscherinnen und Forscher der Bundesagentur für Arbeit gaben erst kürzlich bekannt, dass fünf Jahre nach dem bundesweiten Zuzug von knapp 1,1 Millionen Menschen fast die Hälfte der Geflüchteten erwerbstätig ist.¹

Das ist ein großer Erfolg, auf den sich aufbauen lässt. Trotz guter Entwicklungen musste ich in meiner politischen Arbeit als Landtagsabgeordnete und Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe in den letzten Monaten immer wieder feststellen, dass sich der Ton in vielen Debatten verschärft.

¹ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fluechtlinge-und-arbeitsmarkt-fast-die-haelfte-jetzt-in-arbeit/25505746.html>

Dass es gerade bei den Themen Flucht und Migration Akteurinnen und Akteure gibt, die gegen Geflüchtete und Ehrenamtliche hetzen.

Der Rechtsterror, den wir nun gerade in Halle und Hanau erleben mussten, aber auch schon durch den NSU, ist entsetzlich. Erst werden Dinge sagbar, dann machbar. In diesen Taten offenbart sich ein abscheulicher Menschenhass, der von Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten tagtäglich genährt wird.

Der Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier, hat es bei der Trauerfeier für die Opfer in Hanau sehr zutreffend formuliert als er sagte:

„Unsere Botschaft von Hanau in die Republik muss sein: Wir stehen zusammen. Wir halten zusammen. Denn wir wollen zusammen leben.“

Dennoch erleben wir leider häufig, dass die gesellschaftliche Diskussion polarisiert und aufgeheizt ist.

Fakten werden dabei häufig außer Acht gelassen.

Es ist im Zuge dessen auch eine sehr erschreckende Entwicklung, dass bundesweit immer mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aufgrund von rechter Hetze und Diffamierungen ihr Amt niederlegen.

Kürzlich ist beispielsweise der amtierende Bürgermeister der Gemeinde Estorf (Landkreis Nienburg), Arnd Focke, zurückgetreten. Das Ausmaß an rechter Bedrohung sei für ihn und seine Familie nicht mehr tragbar gewesen. Trotz seines Rücktritts wird er weiter bedroht.

Jede oder jeder fünfte kommunalpolitisch Aktive in Niedersachsen wurde schon bedroht.

Die meist anonymen Hassbotschaften kommen per Telefon, Post oder Internet.

Ich kenne kaum jemanden im Landtag, der das nicht schon erlebt hat.

Auch ich kann davon ein Lied singen.

Morddrohungen und Anfeindungen erlebe ich seit vielen, vielen Jahren. Früher habe ich diese eher ignoriert. Aktuell bringe ich jedoch jede Bedrohung - auch im Netz - zur Anzeige.

Es geht darum ein Zeichen zu setzen – für Respekt und gegen Einschüchterung. Für Demokratie und gegen Hetze.

Wegen der zahlreichen Hassattacken gegen ehrenamtlich Tätige in sozialen Einrichtungen und in der Politik planen wir auf Landesebene auch ein Programm zum Schutz und zur Stärkung des Ehrenamtes – unter anderem eine Ehrenamtskommission und eine Respektkampagne.² Auch Sie als Ehrenamtliche hier in Neustadt am Rübenberge haben gegebenenfalls bereits Anfeindungen erlebt. Berichten Sie mir im Anschluss an meinen Vortrag gerne von Ihren Erfahrungen und von dem, was sie bewegt. Das niedersächsische Innenministerium reagiert seit einiger Zeit bereits mit einer Reihe von Informations- und Präventionsveranstaltungen auf die hohe Zahl von Drohungen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger. Wenn Ehrenamtliche aufgeben, weil sie um ihre Sicherheit bangen - dann stirbt unsere Demokratie von unten. Das muss man klipp und klar so sagen.

Unser Gemeinwesen ist auf Ehrenamtliche angewiesen und anstelle von Hass, sollten sie hier und viele Aktive anderenorts öfter mal einen Schulterklopper für ihr freiwilliges Engagement bekommen.

Ihr Engagement ist alles andere als selbstverständlich!

² Vgl. <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Drohungen-gegen-Ehrenamtliche-Wie-SPD-Fraktionschefin-Modder-dem-Hass-begegnen-will>

Toll, dass Sie sich für unsere Gesellschaft einbringen und stark machen!!

Natürlich gibt es in einer Demokratie Meinungsverschiedenheit und Konflikte. Das versteht sich von selbst und ist auch gut so. Wenn jedoch politisch und ehrenamtlich Aktive, die sich für die Werte unseres Grundgesetzes stark machen, durch Bedrohungen mundtot gemacht werden sollen, dann läuft etwas gewaltig schief in diesem Land.

Laut der Mitte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung teilt etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung neurechte Ideologien. Über die Hälfte der Befragten neigt zur Abwertung von Asylsuchenden. Auch moderne Formen des Anti-semitismus sind mit 24 Prozent weit verbreitet.³

Diese Zahlen zeigen: auch im Jahr 2020 müssen wir weiterhin Flagge zeigen und uns klar gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit positionieren. Ein weiterer Punkt der mich als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe daher umtreibt, ist der Dialog zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

³ Vgl. <https://www.fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie>

Nachweislich bestehen nämlich dort am wenigsten Ressentiments, wo Menschen sich begegnen und miteinander in Kontakt kommen – und das ist in den kulturell vielfältigen Stadtteilen, Nachbarschaften und Wohnquartieren Niedersachsens der Fall. Mit meinem Team habe ich daher im vergangenen Jahr eine Begegnungsreihe mit dem Titel „Wir leben zusammen“ gestartet.

In Kooperation mit der LAG soziale Brennpunkte haben wir im Rahmen dieser Begegnungsreihe tolle Veranstaltungen in Dannenberg, Celle, Hildesheim oder auch Salzgitter auf die Beine gestellt.

Bei diesen wurde erlebbar, wie sehr das niedersächsische Leben von kultureller Vielfalt geprägt ist. Am 20. März machen wir im Rahmen der Reihe einen Stadtteilspaziergang im hannoverschen Sahlkamp und besuchen dort Einrichtungen und Akteure rund um das

Zusammenleben ist mehr als nur eine räumliche Tatsache. Interesse und Kontakt sind essentiell für ein wertschätzendes Zusammenleben.

Gleichgültigkeit hingegen lähmt eine Gesellschaft. Toleranz ist ja - und das vergisst man im Alltag leicht - weniger achselzuckendes Hinnehmen, sondern vielmehr die aktive Anerkennung des oder der Anderen. Diese Anerkennung ist bei unserer Begegnungsreihe spürbar.

Auch ihre Kampagne „Neustadt für Vielfalt“ ist hier vor Ort ein wichtiges Beispiel für Begegnung und Verständigung. Toll, dass sie diese angeregt haben.

Alles in allem führen die nun aufgeworfenen Stichworte zu einer Leitfrage, die auch meine Tätigkeit als Landesbeauftragte prägt. Sie lautet:

In was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wie stellen wir uns die Zukunft und unser Zusammenleben vor?

Ich bin mir sicher, dass viele Bürgerinnen und Bürger diese Frage ganz klar dahingehend beantworten, dass sie sich eine offene und tolerante Gesellschaft wünschen.

Eine mitfühlende und anerkennende Kultur des Miteinanders. Davon profitieren alle Lebensbereiche – Gesellschaft, Kultur, Politik und auch die Wirtschaft.

Der Bereich Migration und Teilhabe umfasst dabei explizit auch die Menschen, die schon seit langer Zeit bei und mit uns leben und vielleicht noch nicht den Platz in der Gemeinschaft gefunden haben, den sie dank ihrer Fähigkeiten und Talente ausfüllen könnten. Hier müssen wir noch mehr Angebote machen. Sowohl in der Kommunalpolitik als auch in der öffentlichen Verwaltung aber auch in Spitzenjobs in der Wirtschaft herrscht immer noch eine

**Unterrepräsentation von Menschen mit
Zuwanderungsbiografie sowie von Frauen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

**in Punkto Teilhabe gibt es noch einiges zu tun aber -
wir sollten auch hier das Gute sehen:**

**Politikerinnen und Politiker mit einer
Zuwanderungsgeschichte sind in unserem Land
nicht mehr wegzudenken.**

Auch in Niedersachsen nicht.

**Ein tolles Beispiel ist hier der frisch gewählte
Oberbürgermeister Hannovers, Belit Onay.**

**Auf allen Ebenen hat sich die Quote von
Mandatsträgerinnen und -trägern mit ausländischen
Wurzeln vergrößert.**

**Teilhabemöglichkeiten aktiv zu öffnen ist mitunter
ein langwieriger aber auch sehr wichtiger Prozess,
den wir weiter politisch und gesellschaftlich
flankieren müssen.**

Um zum Schluss zu kommen:

Meine Tätigkeit als Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe zeigt viele Herausforderungen aber auch eine in großen Teilen zugewandte und offene Gesellschaft, die versucht neue Mitbürgerinnen und Mitbürger zu unterstützen und die sich an einem vielfältigen Zusammenleben erfreut.

Meine Tätigkeit zeigt mir zudem sehr viele Zugewanderte und Geflüchtete, die sich in unserer Gesellschaft einbringen wollen.

Genau das ist es auch, was eine erfolgreiche Gesellschaft braucht – Mut, Engagement und Teilhabe. Wir haben es zu einem großen Teil selbst in der Hand.

In diesem Sinne möchte ich meinen Beitrag mit einem Ausspruch des französischen Volkswirtschaftlers Jean Fourastié beenden, ich zitiere:

„Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten.“⁴

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

⁴ Fourastie war ein französischer Ökonom und Mitentwickler der Drei-Sektoren-Hypothese für die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates.